

Posener Tageblatt (Posener Warte)

Bezugspreis monatlich 7600... in der Geschäftsstelle 7600... in den Ausgabestellen 7800...

Er scheint an allen Werktagen. Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil 200... Reklameteil 600...

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Lehren der Wahlstatistik.

Gerade jetzt, wo der Ruf nach der „reinpolnischen Mehrheit“ unaufhörlich ertönt, ist es nicht uninteressant, die Statistik der letzten Sejmwahlen vom November 1922 uns vor Augen zu führen und einige Lehren daraus zu gewinnen zu suchen.

Bei einer Gesamtbevölkerung Polens — ohne das nicht mitstimmennde Meer — von 26 842 000 waten als wahlberechtigt in den Wählerlisten eingetragen 12 992 000 Personen. Das ergibt eine Wahlberechtigung von 48,4 % der Bevölkerung.

Von den 12 992 000 Wählern haben 8 821 000 ihr Wahlrecht ausgeübt. Das ergibt eine Wahlbeteiligung von 67,9 % der Wahlberechtigten.

Table with 2 columns: Party/Group and Number of Votes. Includes Nationaldemokratie (2 551 000), Polnisches Zentrum (260 000), Piasten (1 150 000), etc.

Dazu ist zu bemerken: Leer ausgegangen bei der Mandatsverteilung sind die zu 16 bis 20 angegebenen Gruppen. Die auf sie kommenden 175 000 Stimmen fallen also ganz unter den Tisch.

Die Rechte und die Pflichten.

Das Organ des Hauptvorstandes der Piastengruppe, die in Warschau erscheinende „Wola Ludu“, schreibt über die sich vorbereitenden politischen Umgestaltungen folgendes:

„Das Schicksal hat uns in die Sejmmitte gestellt, zwischen der Rechten und der Linken. Wir bilden mit den Parteien eine Regierung, die auf unser Programm eingehen. Der Krieg wurde darum geführt, um dem Gegner seine Friedensbedingungen aufzuzwingen.“

Die interparlamentarische Union und das Minderheitenrecht.

Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit:

Die interparlamentarische Union versendet soeben das Protokoll über die Verhandlungen des Redaktionskomitees, das ihrerseits zwecks Vorstudien zu einem Vorschlag einer internationalen Regelung des Rechtes der nationalen Minderheiten in allen Staaten eingesetzt worden ist.

Nach einer lebhaften Wechselrede zwischen Dr. Ullrich, der den bereits von anderen ähnlichen Beratungen bekannten Standpunkt der Keinen Entente zum Ausdruck brachte, und Dr. Medinger, der die Interessen der Minderheiten vertrat, wurde zunächst beschlossen, die in Aussicht genommene Regelung auf „alle Staaten mit repräsentativer Verfassung“ einzuschränken.

sind, den Ausschlag nach der einen oder der anderen Richtung zu geben. Dagegen könnten die Minderheiten theoretisch sowohl mit der Rechten wie mit der Linken eine Mehrheit bilden, im ersteren Falle mit 4 704 000, im letzteren mit 4 627 000 Stimmen.

Ganz anders liegt die Sache natürlich praktisch im Parlament. Bei 444 Sejmstimmen beträgt die absolute Mehrheit 223. Eine solche Mehrheit, wenn auch eine knappe, zu bilden, sind Rechte (169 Mandate) und Piastenspartei (70 Mandate) ohne weiteres in der Lage (239 Mandate zusammen).

Schon dies Mißverhältnis bezüglich der ziffernmäßigen Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung nach den Wählerzahlen einerseits, nach den Abgeordneten zahlen andererseits, muß zu der Feststellung führen, daß die praktischen Ergebnisse der Wahlen, die Verteilung des Besitzstandes im Sejm, kein Bild vom wirklichen Willen der Bevölkerung, wie er in den Stimm-

Verhandlungen mit der Nationalen Arbeiterpartei.

Der Berichterstatter des „Dziennik Pognanski“ meldet, daß mit der Nationalen Arbeiterpartei über den Zutritt dieser Partei zu der neuen Mehrheit seit Mittwoch Konferenzen gepflogen werden.

Der geplante Bloß und die Wyzwoleniegruppe.

Der „Gespreek Poranny“ berichtet von einer Konferenz, die am Mittwoch nachmittag im Sejm stattfand und an der die Abgeordneten Marjan Seyda (Nationaler Volksverband), Wachowial (Nationale Arbeiterpartei), Dabski (Polnische Volkspartei) und Thugut (Wyzwoleniegruppe) teilgenommen haben sollen.

Die Frage der deutschen Ansiedler im Völkerbundrat.

Der Völkerbundrat nahm den polnischen Antrag zur Kenntnis, festzustellen, daß sich die Entscheidung des Völkerbundes über die Verweigerung eines Gutachtens des internationalen Tribunals im Haag nur auf diejenigen deutschen Ansiedler in Polen bezieht, die ihre Pachtverträge vor dem Waffenstillstand geschlossen haben.

Die allgemeine Wehrpflicht in Polen.

In der Mittwochsitzung des Heeresausschusses des Sejm wurde im Beisein des Kriegsministers Sosnkowski die Aussprache über den Gesetzentwurf betreffend die allgemeine Wehrpflicht fortgesetzt.

Ein jüdischer Abgeordneter erklärte, daß die Wahrung der religiösen Postulate in der Armee notwendig sei.

Abg. Czertwinski von der Nationalen Volksverband verlangt eine bessere technische Ausstattung des Heeres, da die jetzige viel zu wünschen übrig lasse.

Abg. Michalak von der Nationalen Arbeiterpartei erklärt sich für eine Abkürzung der Zeitdauer des Militärdienstes ohne Erteilung von Urlauben und spricht sich gegen die Einziehung der Frauen aus.

Abg. Wichtanski von den Christl. Demokraten ist für eine längere Dienstzeit und meint, daß man die Frauen nicht aus dem Milieu reißen dürfe, das ihnen das Leben geschaffen habe.

Abg. Galler erklärt sich mit den Ausführungen des Abg. Czertwinski bezüglich der Verbollkommnung des Heeres einverstanden. Die Kosten für den Unterhalt der Familien der Eingezogenen dürften nicht in das Budget des Kriegsministeriums, sondern in das des Innenministeriums aufgenommen werden.

Minister Sosnkowski gab dann in allgemeinen Umrissen ein Bild von dem Gesetzentwurf über die allgemeine Dienstpflicht.

Einberufungen und Entlassungen.

Nach dem Gesetz über die Einziehung der Reservisten zu militärischen Übungen soll der Jahrgang 1896 am 16. Mai einberufen werden. Auch die Reservisten des Jahrgangs 1895 werden noch im Laufe dieses Jahres zur Übung eingezogen werden.

Wie der Kurier Czernony erzählt, nehmen die militärischen Übungen des Jahrgangs 1897 einen guten Verlauf. Die Ausbildung der einberufenen Reservisten ist bereits beendet. Die Militärbehörden beabsichtigen daher, die Dauer der Ausbildung auf sechs Wochen zu beschränken, d. h. diese Reservisten am 30. April zu entlassen.

ziffern zum Ausdruck kommt, geben. Das wird noch klarer, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Anzahl von Stimmen die einzelnen Parteien durchschnittlich zur Erlangung eines Mandats nötig hatten. Es ergeben sich für die einzelnen Parteien folgende Zahlen:

Table with 2 columns: Party/Group and Number of Votes. Includes Nationaldemokratie (15 600), Polnisches Zentrum (43 300), Piasten (16 400), etc.

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß das Verhältniswahlrecht, wie es in Polen nach der Verfassung gelten soll, tat-

Republik Polen.

Vom Aeltestenausschuss des Sejm.

Am Mittwoch mittag hat der Sejmarschall den Aeltestenausschuss zusammengerufen. Besprochen wurde die Frage der Schaffung zweier neuer Sonderkommissionen, einer für die Regelung wichtiger Grenzfragen (Schmuggel) und einer für die wichtigen Kohlenangelegenheiten (Produktion und Preise).

Besprochen wurde auch die Frage der Wahl von acht Sejmmitgliedern in den staatlichen Auswanderungsrat. Dabei wurde der Antrag des Abg. Chajdzinski angenommen, wonach vor allem drei Vertreter der Arbeiterparteien gewählt werden sollen, die weiteren fünf aus den anderen Sejmparteien nach ihrer Größe.

In der Donnerstagsitzung des Aeltestenausschusses wurden die Regierungsvorlagen besprochen, die vor den Ferien erledigt werden müssen. Die Ferien werden am 20. Juni beginnen und bis in den Oktober hinein dauern.

Ein Konflikt zwischen Sejm und Senat

ist wieder einmal im Anzuge, da sowohl der Rechtsausschuss des Senats als auch der Senat als solcher den vom Sejm angenommenen Entwurf für die Novelle zum Gesetz über den sogenannten Kriegswucher abgelehnt haben.

Die Steuer von Depositenfächern.

In der Sitzung des Finanzausschusses des Sejm wurde der Gesetzesentwurf über die Steuer von Depositenfächern besprochen. Es wurde beschlossen, die Steuer wie folgt zu erhöhen: von 1000 bis 10000 Rubikentimetern 25 000 Mark, von 10000 bis 20000 Rubikentimetern 50 000 Mark. Das Gesetz tritt mit dem 1. Juni d. J. in Kraft.

Die Kredite für Handel und Industrie und die Kredite für die Landwirtschaft.

In der Mittwochsitzung des Landwirtschaftsausschusses, die unter dem Vorsitz des Abg. W. Łodki stattfand, wurde ein Antrag angenommen, der den Finanzminister auffordert eine Aufstellung vorzulegen, aus der hervorgehen soll, in welchem Verhältnis die dem Handel und der Industrie gewährten Kredite zu den Landwirtschaftskrediten stehen.

Die Liquidierung deutschen Besitzes.

Der Präsident des Hauptlandamtes Kardziński ist nach Polen abgereist, um hier an den Sitzungen des Liquidationsausschusses teilzunehmen und mit Vertretern der Behörden und den sozialen Organisationen über Liquidationsfragen zu verhandeln.

Die wiederhergestellte Rjemenbrücke

bei Grodno wurde am Mittwoch vom Bischof Bandurski eingeweiht. Der Feiertag wohnten die Minister Darowski und Jagorin-Marynowski bei, sowie General Dupont und Vertreter der französischen Mission in Polen, ferner Vertreter der Warschauer Presse, der Regierungsdelegierte Roman, Vertreter der Wilnaer Behörden, des Eisenbahnministeriums und der Armee. Der Vorsitzende der Wilnaer Eisenbahnverwaltung Sandberg gab einen Bericht über den Verlauf des Brückenbaus. Am 5 Uhr nachmittags fuhr aus Grodno der erste Zug mit den Wilnaer Gästen ab.

Abgabe von Wald für Zwecke des Wiederaufbaus.

Im Ausschuss für Wiederaufbaufragen begründete der Abg. Rybi von der polnischen Volkspartei den Gesetzesentwurf über den Wiederaufbau. Nach der Aussprache wurden die drei ersten Artikel des Entwurfs angenommen. Auf Grund dieser Artikel sollen alle Waldbesitzer 30 Prozent des zehnjährigen Holzschlages für Zwecke des Wiederaufbaus abgeben. Der amtierende Vertreter der Regierung betonte, daß die Waldparzelle von der Regierung als ein Teil der Gesamtdarlehne für die Sanierung der Finanzen betrachtet werden solle.

Generalschabchef Piljucki

ist am Mittwoch nach Wilna abgereist, um an der Wilnaer Jubelfeier anlässlich des Jahrestages der Beizetzung Wilnas teilzunehmen.

Rücktritt Piljuckis?

Die polnische Wäutler berichten, soll im Zusammenhang mit dem demnächst zu erwartenden Kabinettswechsel auch ein Wechsel des Generalschabchefs stattfinden. Als Nachfolger des Marschalls Josef Piljucki wird General Stanisław Szepiński genannt.

Bemerkenswert an dieser Meldung ist, daß sie fast ausschließlich von rechtsstehenden Wäutlern gebracht wird und deshalb wohl auch aus diesen Kreisen stammt.

Die Juden in Polen.

Der jüdische Klub im Sejm und im Senat

läßt der Presse folgende Darstellung der Vorgänge im Sejm am 17. d. Mts. zugehen:

Warschau, den 17. April 1923. Am heutigen Tage wurde der Sejm zum Schluß eines anständigen und vorbergeordneten Vorkalles. Nach der Ablehnung der Dringlichkeit unseres Antrages in Sachen der Graesse in Warschau am 5. April d. J., der die Aufklärung dieser Angelegenheit und die Bestrafung der wahrhaft Schuldigen forderte, verließ der jüdische Klub zum Zeichen des Protestes den Sejmssaal. Den hinausgehenden jüdischen Abgeordneten liefen sofort die Abgeordneten der Rechten unter Führung von Montezys und Samicki nach, versperrten ihnen den Weg und und warfen sich auf die jüdischen Abgeordneten. Daraus entstand ein Zusammenstoß, dessen Verläufe zum Schutze der angegriffenen Juden — es muß dies festgestellt werden — in erster Linie Abgeordnete der völkischen Minderheiten, sowie einige Abgeordnete der „Wyzwolenie“ und des „Prawo“ eintraten. Der jüdische Klub überläßt diese ungemöhnliche Art der Erledigung politischer Streitigkeiten dem Urteil der öffentlichen Meinung. Das Präsidium des jüdischen Klubs im Sejm und Senat (folgen Unterzeichneten).

Dazu schreibt die „Deutsche Rundschau“: Unter den Abgeordneten der völkischen Minderheiten, die sich bemühten, den Zwischenfall beizulegen und den durchaus unparlamentarischen Angriff von nationalrassistischer Seite aufzutun, hauptsächlich um das ehrwürdige Alter des hauptsächlich angegriffenen Abgeordneten und damit die Ehre des polnischen Sejm zu schützen, bedankte sich auch der deutsche Abgeordnete Diplomingenieur Jerbe aus Lodz, der zufällig an der Tür des Saales stand, als die Nationaldemokraten mit den Mitgliedern des jüdischen Klubs zusammenstießen. Die übrigen Herren der deutschen Fraktion waren nicht in der Nähe; sie hatten sich zu einer Sitzung in ihrem Repräsentationszimmer verammelt. Herr Jerbe sprach demütig und konnte so größeres Unheil verhüten; er hätte selbstverständlich auch dann nicht anders gehandelt, wenn ein bejahrtes Mitglied einer rechtsstehenden Partei bedroht gewesen wäre. Diese Darstellung des Vorkalles finden wir im „Robotnik“ und von Abgeordneten verschiedener Parteien bestätigt.

Die Warschauer Presse fordert zum Boykott der jüdischen Geschäfte auf.

Unser Warschauer Sonderberichterstatter schreibt uns: Während die Juden am Dienstag ihre Interpellation im Sejm wegen der Mißhandlungen und Ausschreitungen bei der Demonstration des 6. April einbrachten, hatten die Juden Warschaus ihre Geschäfte zum Zeichen des Protestes geschlossen. Jetzt sind die Blätter der Rechten über diesen Schritt in große Entrüstung geraten. Ein Blatt fordert sogar zum Boykott der jüdischen Geschäfte auf. Die Presse der Rechten ist emsig an der Arbeit, den wüsten Ausbruch im Sejm auf ihre Weise zu verdrehen. Es wird zunächst einmal so dargestellt, als sei es der jugendliche deutsche Abgeordnete Jerbe gewesen, der sich auf den „alten und schwachen Herrn Rirkbaum“ gestürzt hätte, daß also Jerbe der Urheber des Ganzen gewesen sei. Dieser schamlose Verdreherversuch wird wenig Erfolg haben. Die Vorgänge haben sich so abgespielt, wie sie in unserem Bericht über die Sejm-Sitzung geschildert wurden. Ein Blatt faßelt von einem Zusammenstoß der Deutschen und Juden, die gemeinschaftlich „auf den Kopf des Rirkbaum und Berlins“ die Vorfälle hervorgerufen hätten.

Die Beschränkung der Zahl jüdischer Studierender

In der Donnerstagsitzung des Kulturausschusses des Sejm wurde die Frage der Einführung des Numerus Clausus für jüdische Studierende besprochen. Der Vertreter des Kultusministeriums Gyzewski erklärte, daß bereits alle Fakultäten ihre Quotanten zum Numerus Clausus abzugeben hätten. Abg. Czapiński von den Sozialisten beantragte Vertagung der Besprechung. Abg. Autoslawski spricht sich gegen den Antrag aus und erklärt, daß der Ausschuss das Recht habe, die Frage als dringlich zu behandeln. In der Abstimmung wird der Antrag Czapiński abgelehnt. Darauf verlangt der Abg. Thon Vertagung der Angelegenheit, bis der Ausschuss im Besitz der statistischen Daten sei, die die Ablehnung von Aufnahmearträgen mit Angabe der Nationalität, des Bekenntnisses und der Motive betreffen. Der sozialistische Abgeordnete Smolikowski erklärt, daß die Annahme des Antrages Thon die Erledigung der Angelegenheit auf drei Jahre hinausschieben würde. Der Antrag Thon wird darauf mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende Abg. Soltki ordnete eine Pause von 5 Minuten an, um festzustellen, ob die betreffenden Dokumente in die Hände

fächlich durch die Auswirkungen der Wahlordnung eine Abfrage geworden ist. Waren wirklich die Grundzüge der Verhältniswahl maßgebend, dann wären zur Erzielung eines Mandats 8 763 000 : 444 = ca. 19 700 Stimmen aufzubringen. In einem so zustande gekommenen Sejm müßte die Rechte höchstens 144 statt jetzt 169, die Piastenpartei 59 statt 70, die Linke aber 138 statt 117 und die Minderheiten 96 statt 88 Abgeordnete zählen. Außerdem würden von den leer ausgegangenen Parteien die beiden zwischen rechts und links stehenden Parteien der Staatsunion und des Bürgerlichen Zentrums mit 2 bzw. 1 Abgeordneten vertreten sein. Die Wahlordnung aber begünstigt gewisse Parteien, während sie andere benachteiligt. Den Nationaldemokraten und Piasten sowie den Zionisten gibt sie bereits auf weit unter 19 700 Stimmen ein Mandat, während alle anderen Parteien über 19 700 ja bis über 60 000 Stimmen für denselben Zweck aufwenden müssen. Das gute Abschneiden der Zionisten hat seine besondere Ursache darin, daß in Ostgalizien, woher sie sich hauptsächlich rekrutieren, die Wahlbeteiligung infolge der ukrainischen Wahlenthaltung, wie wir schon sahen, abnorm gering war. Im übrigen werden wir finden, daß die großen Blockparteien, die kompakten Massen, besonders bevorzugt sind, vor allem die Nationaldemokraten und die Piasten. Daß der Minderheitenblock bezüglich des Divisors noch erträglich wekommt, verdankt er lediglich der Blockbildung, die deshalb trotz aller bei der Sejmarbeit zutage tretenden Differenzen bei jeder Wahl erneut eintreten muß, wollen die Minderheiten nicht gänzlich an die Wand gedrückt werden. Daß die Linke mit ihrer Stimmengahl bei der Mandatsverteilung so wenig ausreicht, liegt an ihrer weitgehenden Zersplitterung in kleine Parteien. Besonders benachteiligt sind die über das ganze Land verstreuten kleinen Parteien wie die Kommunisten, die Staatsunion, das bürgerliche Zentrum, die deshalb z. T. ganz leer ausgingen.

Am Schluß noch eine Betrachtung: Prozentual entfallen von 100 gültigen Stimmen nur 32 auf die Rechte, 31 auf die Linke, 14 aufs Zentrum (Piasten, Staatsunion, Bürgerl. Zentrum) und 23 auf die Minderheiten (einschließlich Bund). Der Anteil der Nichtpolen an der Gesamtbevölkerung beträgt aber mehr als 31 %. Zu erklären ist dies Mißverhältnis u. a. daraus, daß die östgalizischen Ukrainer Wahlenthaltung geübt haben. Aber diese Tatsache reicht zur Erklärung nicht aus. Denn von den 8 500 000 in Polen lebenden Minderheitsangehörigen sind nur 2 620 000 östgalizische Ukrainer. Vom Unterschied (5 880 000) müßten bei einer Wahlberechtigung von 48,4 % gegen 2 900 000 Minderheitsangehörige in den Wahllisten gestanden haben, während von 1 988 000 Stimmen für Minderheitsparteien abgegeben sind. Das würde etwa nur der für den ganzen Staat festgestellten Wahlbeteiligungsziffer entsprechen. Die für polnische Parteien (in der Stadt Posen z. B. für die Nationale Arbeiterpartei, im Wilnaer Gebiet für die mit Minderheitsangehörigen durchsetzten Volksträte) abgegebenen Minderheitsstimmen fallen kaum ins Gewicht. So kommen wir zum Ergebnis, daß die Wahlbeteiligungsziffer der Minderheiten noch stark steigerungsfähig ist. Machen weiter die östgalizischen Ukrainer mit, so würden wir nach den Erfahrungen der letzten Sejmwahlen auf etwa 4 200 000 Wähler kommen, die Minderheiten angehören, und wenn von diesen auch nur soviel an die Urne zu bringen sind, als dem diesmaligen Staatsdurchschnitt entspricht, würde das die statliche Zahl von über 2 800 000 Minderheitsstimmen ergeben. Wird dann dafür gesorgt, daß den Tendenzen der z. T. bestehenden Wahlordnung durch noch straffere Blockbildung innerhalb der Minderheiten begegnet wird — und zur Stärkung des Blockgedankens innerhalb der Minderheiten sowohl wie innerhalb der Linken werden die Lehren der Wahlstatistik beitragen —, dann können bei Neuwahlen die Minderheiten auf eine gerechtere Vertretung im Sejm — sowohl was die Mandatszahl an sich als auch die Gesamtstellung zwischen den übrigen Gruppen angeht — mit Bestimmtheit rechnen.

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(3. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Auch ein sehr gutes Mittel,“ meinte der nicht gerade pädagogisch veranlagte Vater, „dann macht sie wenigstens das Mädchen zu. Klingt doch einer von den beiden Gänzen, die den ganzen Tag unnützlich herumknattern.“

„Die jungen Dinger schlafen viel zu fest, um es zu hören, sie sollen nachts auch Ruhe haben.“

Else saß wie auf Kohlen, das Weinen klang immer kläglich. Ein schneller Blick verständigte sich mit dem Schwager, der wie unabsichtlich an den Kopf fuhr.

Der Arm des Rittmeisters zuckte unwillkürlich und loderte sich, den Augenblick benutzte die junge Frau, um schnell unter ihm durchzuschlüpfen und die Tür zu erreichen, die Rainer ihr mit einer Verbeugung aufhielt. Ihr leises, silbernes Lachen klang an sein Ohr.

„Wieder in Übereinstimmung?“ sagte Hans-Otto etwas ärgerlich. „Ihr paßt zu schön zusammen; die Else ist mit einer Haut zu wenig auf die Welt gekommen, und Du hast immer Samthandschuhe an, um sie zu streicheln, machst mir meine ganze Erziehung zusehender. Nun mußt Du mit mir allein vorlieb nehmen, es dauert mindestens eine Stunde, bis die Gehren wieder still sind.“

„Weshalb hältst Du Deiner Frau nicht eine erfahrene Hilfe für Deine Kinder? Sie lassen ihr viel zu wenig Ruhe. Du bist doch hoffentlich nicht geizig geworden?“

Da frag' einmal die anderen Damen, ob ich geizig für meine Frau bin. Als Wälschen geboren war, fuhr ich gleich zu Werner nach Berlin und legte ihr dann eine Perlenkette um, die ihr alle Frauen im Regiment neiden. Für den zweiten Jungen legte sie einen Brillantkranz, der wird gut in ihren schwarzen Haaren aussehen. Aber solche alte Kindermumme, die einem die Butter auf dem Brot ranzig maullt, mag ich nicht im Hause halten; dann würde Else den ganzen

Tag lesen und musizieren, und das will ich nicht. Es hat mir Mühe genug gemacht, sie an ein tätiges Leben zu gewöhnen, und es ist meine wohlüberlegte Absicht, daß ich sie so viel wie irgend möglich mit praktischen Dingen beschäftige.“

„Ich — ich — ich,“ jagte der Jüngere mit leisem Spott. „Na, erlaube mal, natürlich, ich.“ Ich bin der Hausherr, der weiterfahrende Mann diesem Kinde gegenüber, das alles mit großen, erschrockenen Notklappchen-Augen ansah. Daß ich bestimme, ist selbstverständlich.“

„Erzähle mir doch, wie Ihr Euch kennengelernt habt und wie Ihr zwei grundverschiedenen Naturen Euch zusammenfandet. Ich erfuhrt ganz flüchtig Eure Heirat durch Mamas Brief.“

„Es war eine trübselige Geschichte mit dieser Hochzeit bald nach des Schwiegervaters Tode; Mama war der einzige Gast. Ich hatte es mir auch anders gedacht, wenn ich einmal heiratete, aber was tut man nicht, wenn man ein verliebter Esel ist. Wie wir uns kennen lernten, willst Du wissen? Die himmlische Frühlingsnacht macht geschwägig...“

„Oder die dritte Flasche,“ dachte Rainer.

„Ich erzähle es sonst nicht gern: ich nächster, verständiger Mensch fiel da etwas aus der Rolle. Also vor fünf Jahren, Du warst in Chile, und ich Adjutant bei der kleinen Hoheit, die jetzt ein regierender Herr ist; ich machte mit dem Prinzen die Generalschabreise nach Süddeutschland mit. Die Hoheit sollte sich etwas „belernen“, und ich mußte mit heran. Beide hatten wir keinen blauen Dunst von der Sache. Der Chef, der die Reise leitete, war ein verständiger Herr, er ließ uns mitreiten, ohne uns mit andern Arbeiten als kleinen, harmlosen Aufträgen zu beunruhigen. Wir tranken viel goldenen Rheinwein und küßten viele hübsche Mädchen; es war ganz nett. Im wunderschönen Rosenmonat Juni kamen wir durch den Schwarzwald nach Freiburg im Breisgau, bummelten durch die altmodischen Straßen, besahen den Dom von außen und schlenderten durch die Billenvorstadt. Auf einmal packte mich die Hoheit am Arm. „Begeleben, haben Sie schon je etwas so Entzückendes gesehen?“ Wir standen vor einer kleinen Villa im Stil der Schweizer Bauernhäuser

mit offenen Galerien und Altanen in brauner Holzschmiederei. Um das Häuschen rankten sich Rosen in einer verkommenen Fülle. Ein junges Ding im weißen Kleide lehnte sich weit aus dem Erker heraus, zwei mächtige schwarze Zöpfe hingen über ihren Schultern, ihr weißes Gesichtchen leuchtete ordentlich. Sie bog die Äste eines reichtragenden Kirschbaumes zu sich herunter und ließ es sich gut schmecken. Ein paar zahme Tauben gurrten um sie herum, die dursteten die Kirschchen von ihren Lippen piden, die noch weit töter als die Früchte waren. Mit absichtlicher Herausforderung hätte sie sich nicht vorteilhafter in Szene setzen können — wie sie es in der reinen Unschuld ihrer siebzehn Jahre tat. Der Prinz war entzückt von dem Anblick, er verleugnete den verwöhnten Lebemann, als den er sich gern aufspielte, und flüsterte: „Sehen Sie nur: Schneewittchen! Weiß wie Schnee, rot wie Blut, schwarz wie Ebenholz.“

Mit der Zeit aber mochte wohl das holde Kind unser Anfaunen fühlen, oder es war satt vom Kirschenschmaus; es klatschte in die Hände, die Tauben flogen fort, und es verließ ihren schwanfenden Sitz. Ein Blick aber hatte uns noch gestreift; Du weißt ja, wie Else so weltfremd gucken kann?

Der Prinz war ganz toll vor Liebeserlangen und ließ mir keine Ruhe, er mußte den Namen der kleinen Schönheit wissen. Als er erfuhrt, daß das Häuschen dem verwitweten Professor v. Marshall, Lehrer des Staatsrechts an der Universität, gehörte, der dort mit seiner einzigen Tochter lebte, wollte er Mittel und Wege finden, um bei ihm eingeführt zu werden. Es hieß zwar, Herr v. Marshall sei leidend und lebte ganz zurückgezogen, aber nichts schreckte den Prinzen ab.

Endlich fiel ihm ein, daß vor langen Jahren ein erlauchter Oheim in Freiburg studiert hatte. Da anzunehmen war, daß er auch in einigen Vorlesungen des Professors „gebüßt“ hatte, mußte meine ungeliebte Schwertfaust einen diplomatischen Brief verfassen, in dem der Prinz um die Erlaubnis bat, Gräfin des Oheims dem hochverehrten Lehrer persönlich überbringen zu dürfen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Lage am Rhein und an der Ruhr.

Die neue Verschärfung der Maßregeln. — Mißtrauen gegen England. — Die Dünkirchener Rede. — Fürst Sayfeld aus dem Rheinland ausgewiesen. — Lebenslängliche Zwangsarbeit.

des Marschalls gelangt sein und um den Kultusminister vorzu- laden, da sein Vertreter Gagnowski erklärte, daß er nicht ermächtigt sei, eine bindige Erklärung abzugeben. Es wurde festgestellt, daß der Sejmarschall Kataj tatsächlich noch keine Dokumente erhalten hatte. Der Kultusminister Mizulowski-Pomorski erklärte, daß sich nur eine Unverbindlichkeit (die Warschauer) und eine Fakultät (die philosophische in Krakau) gegen die Einführung des Numerus Clausus, die anderen aber für die Einführung ausgesprochen hätten. (Nach einer Berechnung des „Kurjer Pożnanski“ sollen sich 32 Fakultäten für und eine Fakultät gegen die Einführung des Numerus Clausus ausgesprochen haben.) Der Minister erklärt weiter, daß er sein Gutachten erst am Sonnabend nach vorheriger genauer Prüfung der Angelegenheit abgeben könne. Abg. Czapiński stellt darauf den Antrag, einen Sonderausschuß zu wählen, der das Gutachten der Fakultäten zu prüfen und dem dem Kultusausschuß Bericht zu erstatten hätte. Der Abg. Thon beantragt, die Angelegenheit nicht vom Sonderausschuß, sondern vom Ministerium prüfen zu lassen. Abg. Lutostawski spricht sich gegen beide Anträge aus und erklärt, daß die Angelegenheit nur verschleppt. Die Informationen des Ministers seien vollkommen ausreichend. Der Antrag Czapiński wurde darauf mit 16 Stimmen gegen 14 angenommen. Es wird also ein Umtausch der Frage bis Sonnabend zu prüfen haben. Der Prüfungsausschuß setzt sich aus folgenden Abgeordneten zusammen: Konowcański (Voritzender), Abg. Lutostawski (Nationaler Volksverband), Langer (Wahvolkgruppe), Thon (Näddischer Klub), Dubid (Polnische Volkspartei), Manterys (Christliche Demokratie) und Czapiński (Poln. Soz. Partei).

Das neue Versammlungsgesetz.

Das Innenministerium hat dem Sejm einen Gesetzentwurf über die Abhaltung von Versammlungen vorgelegt, dessen hauptsächlichste Punkte in folgenden Bestimmungen gipfeln: Polnische Staatsangehörige können Versammlungen aller Art in geschlossenen Räumen veranstalten, sofern sie 48 Stunden vor Beginn der Versammlung der örtlichen Verwaltungsbehörde erster Instanz eine entsprechende Mitteilung machen. Die Behörde kann innerhalb 24 Stunden nach Empfang dieser Mitteilung die Versammlung verbieten, im anderen Falle kann die Versammlung abgehalten werden. In der Mitteilung müssen die Vor- und Namennamen von zwei der Versammlung Einberufenden, vollberechtigten polnischen Staatsangehörigen, ferner die Adresse des Versammlungsortes, die Zeit und die Tagesordnung angegeben werden. Zu einer Versammlung im Freien ist eine schriftliche Genehmigung der Behörde erster Instanz erforderlich, die verpflichtet ist, innerhalb von drei Tagen nach Empfang des Antrages die Genehmigung den Antragstellern einzuhändigen. Öffentliche Manifestationen und Umzüge gelten als Versammlungen im Freien. Einer Genehmigung bedürfen nicht: kirchliche Prozessionen, öffentliche Zeremonien von staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften, Vereinsversammlungen sowie traditionelle Umzüge. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sowie Manifestationen und Umzüge sind unzulässig im Umkreise von einem Kilometer von dem jeweiligen Aufenthaltsort des Staatspräsidenten, dem Sitzungsgebäude des Sejm und des Senats sowie der Nationalversammlung während der Dauer der Session. Ein Verbot der Versammlungen kann mit Rücksicht auf die Sicherheit und die öffentliche Ordnung erfolgen. Die Verwaltungsbehörden erster Instanz haben das Recht, zur Versammlung höchstens zwei Beamte zu entsenden, die auf der Tribüne des Vorstandes Platz nehmen können. Der Vertreter der Behörde kann die Versammlung auflösen wegen Verstöße gegen das Gesetz über die Versammlungen, im Falle von unliebsamen Vorgängen oder bei Anträgen, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen, endlich dann, wenn die Versammlung die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet. Vor der Auflösung der Versammlung hat jedoch der Vertreter der Behörde den Vorsitzenden zu warnen. In den Versammlungen dürfen nicht teilnehmen Militärpersonen in Uniform, bewaffnete Personen und Personen unter 16 Jahren. Ausländer dürfen Versammlungen nicht einberufen und auch nicht dem Vorstande angehören. Ohne Benachrichtigung der Behörde können Versammlungen von legalisierten Institutionen und auch solche für Teilnehmer stattfinden, die namentliche Einladungen erhalten haben. Zu nicht öffentlichen Versammlungen haben die Vertreter der Behörde keinen Zutritt. Im Gebäude höherer Lehranstalten finden gleichfalls die Versammlungen ohne eine Kontrolle der Behörde statt, es sei denn, wenn die Person Anstaltsleiter ist, oder wenn gegen das Gesetz verstoßen wird. Tagungen werden als öffentliche Versammlungen angesehen. Wenn eine Tagung in einem Kreise stattfindet, erteilt hierzu die Genehmigung der Staats- für die Bewohnerschaft der Wohnzone, für den ganzen Staat der Innenminister. Diese Genehmigung hat keine Anwendung auf Tagungen, die in den Statuten vorgesehen sind. Versammlungen, in denen die Abgeordneten und Senatoren ihren Tätigkeitsbericht erstatten, unterliegen nicht der Genehmigung. Die Überschreitung der Bestimmungen des Gesetzes über die Versammlungen unterliegt einer Haftstrafe bis zu sechs Wochen oder einer Geldstrafe bis zu einer Million Mark.

Aus den Sowjetgebieten.

Die Umstände in der Sowjet-Ukraine.

Der vor einem Jahre gänzlich unterdrückte Aufstand in der Ukraine beginnt sich wieder auszubreiten. Am 7. März eroberte die Abteilung des Atamans Pawlowski nach einem hartnäckigen Kampfe Jarmoline im Gouvernement Podolsk. Die Aufständischen eroberten hierbei einen Eisenbahnzug mit zwei schweren Geschützen, 5 Kanonen und 32 Pferden. Der Führer der bolschewistischen Artilleriebrigade Garibanow und der Kommandant Turzys wurden erschossen. 72 Artilleristen fielen in Gefangenenschaft. Die aufständischen Abteilungen wurden nach zwei Tagen gezwungen, Jarmoline zu räumen und verloren hierbei vier Geschütze. Die Abteilung des Atamans Pawlowski verweigerte sich nach diesem Kampfe mit der aufständischen Abteilung des Atamans Seze und griff nach einigen Tagen Bloskrow an. Die 17. rote Division wurde gezwungen, Bloskrow zu verlassen und verlor große Vorräte an Waffen, Munition und Proviant. In Bloskrow wurde der rote Kriegs-Kommissar und dessen Kanzlei gefangen genommen. Da die Bolschewisten bedeutende Verstärkungen erhielten, zogen sich die Aufständischen zurück. Im Laufe von 8 Tagen eroberte die Abteilung des Atamans Pawlowski 4 Geschütze, 18 Maschinengewehre, 700 Gewehre u. a. Viele Bolschewisten schlossen sich den Aufständischen an. Die gefangenen genommenen Kommunisten wurden erschossen. Im Gouvernement Wolhynien operieren unter Führung des Atamans Bezruczka drei gut ausgerüstete aufständische Abteilungen. Im Kiiewer Gouvernement ist die Abteilung des Solnits Dorozzenko tätig. Bei Mohilew in Podolien nahmen die Aufständischen am 15. März eine rote Strafdivision gefangen. Die Aktion gegen die Aufständischen leitet der Kommissar Brunze, dessen Stab sich in Berditschew befindet. Die Bevölkerung verhält sich den Aufständischen gegenüber wohlwollend und nur diesem Umstände ist es zu verdanken, daß die Aufständischen den verzweifelten Kampf weiter führen können.

In den letzten Tagen ist bereits gemeldet worden, daß General Degoutte eine neue Verfügung (Dekret Nr. 81) erlassen hat, die theoretisch eine Stilllegung des Kohlenverkehrs im Ruhrgebiet nach sich zieht. Unter der Ruhrbevölkerung herrscht jedoch die Überzeugung, daß der Druck noch schärfer werden wird als bisher. Es kommt darauf an, ob das Dekret Nr. 81 so durchgeführt wird, wie es gedacht ist. Auf alle Fälle aber bedeutet es eine neue Waffe, um die Maßregeln zu verschärfen. Auch durch diese neue Verordnung wird der Herr General die Behördenrichtungen nicht müde zu machen vermögen.

Durch die andauernden Verhaftungen, die auch jetzt noch ohne nähere Angabe von Gründen erfolgt, gehen in den Gemeinden die wichtigsten Beamten verloren. In den großen Verwaltungsbereichen wird den Beamten die Arbeit unmöglich gemacht. Diese Maßnahme ist ganz bedeutend schlimmer als gestörte Bäder und entweigeschlagene Negativstrafen. Alle Beamten werden verfolgt, mit schweren Strafen bedacht und so aus dem Leben der Öffentlichkeit gezogen zum Schaden der Allgemeinheit.

Die ausländische Presse berichtet neuerdings über neue Maßregeln, und darum ist die allgemeine Volksstimmung richtig, die sich auf eine neue Zuspitzung der Lage einstellt. Die Zeitungen sind nicht in der Lage, einen vollen Überblick zu geben, darum geht die Allgemeinheit selber vor und unterrichtet sich von Mund zu Mund. Dieses ist zur Fortführung des Kampfes besonders wichtig. Im Ruhrgebiet wird der Kampf in heldenhafter Entschlossenheit und in tiefer Stille ausgetragen, wenigstens soweit die Bevölkerung in Frage kommt.

Mit einem Faktor muß jetzt besonders stark gerechnet werden, mit der wachsenden Unruhe der Bevölkerung, gegen die Besatzungsarmee. Trotz der Propaganda weiß die Arbeiterklasse genau, wo man den Grund zu dieser Vernichtung der Arbeit zu suchen hat. Es ist geradezu beängstigend, was sich in den Massen für eine Menge Born und Entschlossenheit angesammelt hat. Und wenn davor Frankreich gewarnt wird, so kann diese Warnung nicht oft genug erfolgen.

Die kleinen Luftzüge, die aus der „großen“ Politik ins Ruhrgebiet geweht werden, machen fast gar keinen Eindruck mehr. Die eigene Scholle ist das wichtigste Gebot der Stunde. Die Rede von Herrn Poincaré in Dünkirchen hat keinen Eindruck gemacht; man hat nur von einer Äußerung Kenntnis genommen, nämlich daß die Maßregeln verschärft werden sollen. Das wußte man bereits, nun aber ist es offiziell bekannt, und das ist das Wichtigste in dieser Stunde.

Es ist doch keine große Wahrheit, wenn ausgesprochen wird, daß das „friedliche“ Frankreich lediglich darauf ausgeht, den Willen des deutschen Volkes zu brechen und die Vernichtungsaktion zu vollenden. Das weiß jeder heute, — aber mit der deutlich eingemeißelten Erkenntnis wächst auch, an der Ruhr wenigstens, das Mißtrauen gegen England. Es wird langsam überlegt, und ein großes Licht kommt plötzlich in den ganzen Sachverhalt. England hat ja ebenso den Versailles Vertrag gebrochen wie Frankreich, es hat die gesamte Verwaltung der Eisenbahnen am Rhein den Franzosen ausgeliefert. Und England duldet auch diese Vernichtungsaktion, soweit es nicht noch Unterstützung gewährt. Und Englands Handelsminister hat ja geäußert, daß es „gleichgültig“ für England sei, unter welcher Souveränität das Rheingebiet stehe... Ist da wohl die Meinung der Ruhrbevölkerung so ganz unbegründet? Deutschland soll unter schön klingenden Worten und Formeln verkauft werden, so daß auch die englische Bevölkerung gar nicht wissen wird, was geschehen ist.

Diese Meinung ganz zu verwerfen, geht nicht an, und ähnliche Vorfälle beweisen ihre Realität in der englischen Geschichte. Und unter einem ähnlichen Druck, der noch „verschärft“ werden soll, feuert das Rheinland. Bekanntlich ist der deutsche Reichskommissar Fürst Sayfeld seines Amtes enthoben und ausgewiesen worden. Gerade diese Maßregel wirkt neuerdings wieder sehr viel Staub auf.

Die französischen und belgischen Minister, die in den letzten zwei Tagen das besetzte Gebiet besucht haben, werden in Koblenz eine Besprechung mit der Rheinlandskommission haben. Die Besede, die erreicht werden sollen, sind in den französischen Blättern klar bezeichnet: Der Druck soll verstärkt, das Band soll „produktiv“ gemacht werden. In den heutigen Mittagszeitungen finden sich einige Ergänzungen über die französisch-belgische Auseinandersetzung. Der französische Finanzminister will die Warenvorräte, die durch Beschlagnahme und Abgaben von Postsendungen in den Besitz der Besatzungsbehörden gekommen sind, möglichst rasch verkaufen, um Barmittel in die Hände zu bekommen. In Duisburg lagern 150 Tonnen orientalisches Tabak, die einen Wert von vielen Millionen darstellen. In Düsseldorf gleich das Magazin mit den aufgestapelten Postpaketen nach der Schilderung der Korrespondenten einem Warenhaus. Weil die Hallen für die Mengen der erbeuteten Gegenstände nicht ausreichen, sind nicht weniger als 100 Waggons mit Wertobjekten aller Art beladen. Alle diese Reichtümer werden versteigert. Die Einnahme wird zu dem Ertrage der Kohlensteuer und ähnlichen Zwangsgewinnen zugeschlagen und dürfte nach den Hoffnungen des Ministers nicht gering sein. Um Steuerhinterziehungen zu verhindern, werden alle Kohlenwagen, die auf den Straßen angetroffen werden, angehalten und weggeschafft. Die Deutschen sollen fühlen, daß die starke Hand, die ihre Werte erfaßt hat, sie nicht wieder freigibt, schreibt die „Information“. „Da für uns die Ruhrbesetzung nicht der Zweck, sondern das Mittel ist, wird das Reich bald den Drohungen und dem Zwang nachgeben müssen.“ Der französische und der belgische Kriegsminister haben ein System gefunden, das eine Dienstentlassung der im Mai vom Militärdienst Freiwerdenden ermöglicht, ohne die Zahl der Truppen zu vermindern.

Eugène Lautier, der in seinem „Homme Libre“ stets für die Politik Poincarés eingetreten ist, schreibt heute: „Ich möchte kein Unglück prophezeien, aber mir kommt es so vor (1), als ob wir in diesen letzten Wochen nicht weitergekommen wären. Täglich wächst in Deutschland der Haß gegen Frankreich, täglich nimmt also für uns die kostspielige Notwendigkeit zu, für unsere Sicherheit zu sorgen. Ein Wettlauf der Völker zum Abgrund.“ Die Reden des Außenministers von Rosenbergs und Dr. Stresemanns, in deren Sähen Anknüpfungspunkte gefunden werden können, sind von den meisten französischen Zeitungen verdreht oder zerkübelt worden.

Der deutsche Einspruch gegen die Amtsenthebung des deutschen Reichskommissars im Rheinland durch die Rheinlandskommission ist im Wortlaut noch nicht bekannt, aber der „Tempo“ versucht es, ihn im Voraus zu entkräften. Als im August 1921 der Fürst Sayfeld zum Reichskommissar ernannt wurde, hätten die Alliierten vier Bedingungen für ihre Zustimmung gestellt. Es sei keine der Bedingungen erfüllt worden. Es sei erstens verlangt worden, daß die Geheimorganisationen vollständig aufgelöst werden sollten. Der „Tempo“ behauptet, sie hätten nur ihren Namen verändert, ließen aber ihre Tätigkeit fort. Die zweite Bedingung war, daß die von den alliierten Militärgeschichten verurteilten Personen vom Reich nicht entschädigt werden dürften; solche Entschädigungen seien aber noch weiter gezahlt worden. Als dritte Bedingung wird die Forderung genannt, daß alle vom alliierten Militärgericht angeklagten Personen, die in das unbesetzte Gebiet gelangt seien, vom Reich ausgeliefert werden sollten; auch diese Bedingung sei nicht erfüllt. Endlich sei verlangt worden, daß der Reichskommissar mit den alliierten Behörden zusammenarbeiten und ihnen ihre Aufgabe erleichtern müsse. Gegen diese vier Bedingungen habe zunächst die

Reichsregierung selbst verfahren, als sie am 20. Januar (also nach der Ruhrbesetzung) den Bewohnern des besetzten Gebietes unter sagte, gewisse Verordnungen der Rheinlandskommission zu befolgen. Diese Verstöße rechtfertigen nach der Meinung des „Tempo“ die Amtsenthebung des deutschen Kommissars „durch die Alliierten“, wobei zu sagen vergessen wird, daß die Absetzung nicht durch sämtliche Verbündeten, sondern gegen die Stimme des englischen Vertreters durch Mehrheitsbeschluß der Kommission erfolgt ist.

Von zuständiger Stelle in Berlin wird die „Absetzung“ des Fürsten Sayfeld als ein Gewaltakt schlimmster Art bezeichnet. Fürst Sayfeld hat sein Amt in vorbildlicher Weise ausgeübt, und seine Vertretung der Interessen Deutschlands verdient ein uneingeschränktes Lob. Die Reichsregierung wird sofort bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel energisch Protest einlegen. Durch diese Maßnahme Frankreichs soll nämlich der Rheinbevölkerung der Weg abgeschnitten werden, ihre Beschwerden durch den beglaubigten Vertreter des Deutschen Reiches der Reichsregierung vorzutragen.

Gestern Abend hat der kommandierende General in Bodum durch Duaneranklag eine Verordnung Nr. 25 vom 20. März veröffentlicht, in der es heißt, daß mit lebenslänglicher Zwangsarbeit oder mit Zwangsarbeit nicht unter 10 Jahren oder lebenslänglicher Gefängnisstrafe bestraft wird, wer in den besetzten Teilen des Ruhrgebietes irgendwie den Post-, Telegraphen- oder Fernsprechtsdienst durch Herabsetzung unterbricht und infolge dessen die Sicherheit und den Unterhalt der Besatzungstruppen oder die öffentliche Ordnung gefährdet.

Diese Maßnahmen nehmen kein Ende, und so wird auch u. a. gemeldet: Vor einiger Zeit war angeblich auf dem Grundstück des Hauses Bersenerstraße 98 eine Fernsprecheinrichtung der Franzosen zerstört worden. Die Franzosen haben darauf gedroht, es würden sämtliche Bewohner des Hauses ausgewiesen, wenn die Täter nicht ermittelt würden. Die Franzosen haben jetzt ihre Drohung wahr gemacht und sämtliche Bewohner des Hauses, darunter eine kranke Frau im Alter von 74 Jahren aus dem Brüllendort bei Düsseldorf ausgewiesen. Die Leute müssen Düsseldorf binnen 48 Stunden verlassen.

Als in Mannheim gestern ein Polizeibeamter auf die Frage eines französischen Offiziers, weshalb er ihn nicht grüße, zunächst nichts und dann mit nein antwortete, schlug ihm der Offizier den Helm vom Kopf, wobei der Beamte zu Boden fiel. Mit Hilfe französischer Soldaten brachte der Offizier den Polizeibeamten nach französischer Soldaten brachte der Offizier den Polizeibeamten nach der Wache. Dort wurde dieser nach Abnahme von Säbel und Gummihandschuhen in einen Holzschuppen eingesperrt. Nach einiger Zeit wurde er herbeigeholt und gefragt, ob er nunmehr grüßen wolle. Er antwortete wiederum mit nein. Daraufhin wurde er die ganze Nacht hindurch in dem Holzschuppen zurückgelassen. Heute früh wurde er von französischen Soldaten nach Ludwigshafen transportiert und dort einer französischen Stelle vorgeführt, wo nicht mehr vom Gräßen die Rede war, sondern vom Betreten des besetzten Gebietes. Der Polizeibeamte wurde im Laufe des Vormittags wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diese kleinen Abschnitte, aus den täglich sich oft wiederholenden Vorgängen, geben mit der Zeit ein richtiges Bild, wie diese große Kulturnation an Rhein und Ruhr haust. Besondere Kommentare sind hierzu überflüssig.

Deutsches Reich.

Der bayerische Landtag gegen Frankreich.

Der bayerische Landtag protestierte in würdiger Form gegen die französische Bluttat in Essen und gegen die Festhaltung des Abgeordneten in Manizer Gefängnis. Bei Beratung des Handelsrats führte der Handelsminister aus, auch Bayern befände sich auf einer weiterhin abneigenden Linie, wenn man ein Gesamturteil über die Beschäftigung von Handel, Industrie und Gewerbe abgeben wolle. Die Verhältnisse mancher wichtiger Zweige der bayerischen Wirtschaft nähmen bereits einen trübseligen Charakter an; das Schicksal der bayrischen Wirtschaft für die Zukunft werde gleich dem deutschen Gesamtschicksal am Rhein und Ruhr entschieden werden. Zu einer wirklichen Verständigung mit den Franzosen werde es nur kommen, wenn diese auf politische Vergewaltigungspläne verzichten und von unerwünschten Wirtschaftsänderungen ablassen. Wer da glaube, aus dem deutschen Arbeiter mit Hilfe der Welt die größere Leistung herauszuholen zu können, als er sie in freier Pflichtenfüllung herbeibringe, verrecke sich gründlich.

Preussischer Landtag.

In der Dienstag-Sitzung wurde bei Fortsetzung der zweiten Beratung des Wohlfahrtsrats von Rehnern der Rinken auf die große Gefahr hingewiesen, die der Volksgesundheit durch die Zunahme des Alkoholismus entsteht. Bei den Ausgaben forderte der Sozialist Dr. W. H. H. Aufhebung der ärztlichen Ehrengerichte und bemängelte einen Aufruf des Leipziger Ärztebundes, wonach kein Arzt im besetzten Gebiete einem Franzosen oder Belgier ärztlichen Beistand leisten sollte. Der Deutschnationale Dr. Duquet-Faslem sprach sich für unbedingte Aufrechterhaltung der Ehrengerichte aus und meinte, daß man die Angehörigen fremder Nationen, die Deutsche mit der Reichswehr behandeln, auf ihre eigenen Ärzte verweisen müsse. An Beihilfen für Bekämpfung der Tuberkulose wurden 20 Millionen Mark, für Bekämpfung der Säuglings- und Kindersterblichkeit 10 Millionen Mark eingestellt.

Aus aller Welt.

Brasilien's Sympathie für Deutschland.

Der 1. Delegierte Brasiliens bei der panamerikanischen Konferenz in Santiago hat vor seiner Abreise aus Rio de Janeiro gelegentlich eines ihm gegebenen offiziellen Abschiedsfrühstücks eine Rede gehalten, in der er u. a. ausführte:

„Som leihen Kriege her, in den Deutschland durch das unabweidbare historische Schicksal, den Irrtum in der Bewertung von Menschen oder schließlich durch unerkennbare Zusammenhänge, hineingerissen wurde, blieb nur die Erinnerung an die tragischen Ereignisse der tapferen Kämpfe uns unsere wachsende Bewunderung für das edle besetzte Volk übrig in welchem der Mut das Erbteil der starken Rasse ist, in diesem Volke innewohnt. Dieser hinreichenden Bewunderung entsproß der Zug unüberwindlicher Sympathie, die uns an dieses Land leitete und die sich in der Zukunft immer mehr verstärken wird.“

In Brasilien, das sich unter den deutschen Kriegsgegnern befindet, hat seit dem Kriegsende mancherlei Anzeichen dafür hervorgerufen, daß die Stimmung des brasilianischen Volkes Deutschland gegenüber eine zunehmend freundlichere wird. Man wird in Deutschland mit Verdrigung davon Kenntnis nehmen, wie sich auch bedeutende Persönlichkeiten der Regierungskreise nicht mehr scheuen, der Zuneigung zu Deutschland so herzlichen Ausdruck zu geben.

Ein neues Pompej in Amerika.

Ein Telegramm aus Guayaquil in Ecuador berichtet über einen heftigen Ausbruch des Vulkan Langaragua. Hohe Flammen schlugen aus dem Krater hervor, und weißglühende Steine fielen in die Stadt Riobamba und die Umgebung. Die Stadt ist von einer Schicht Asche und Sand bedeckt.

T. Meyling, Poznan, ul. Pocktowa 10. Lieferant für Landwirtschaft und Industrie...

Die Pofener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznan, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.: Verjand-Buchhandlung...

Ia Maschinennöle und -Fette, Verpackungen, Hufeisen, Huf- und Drahtnägel...

Mecentra, Maschinenzentrale, ul. Zwierzyniecka 13. Drillmaschinen, Düngerstreuer, Hackmaschinen...

Kaufe erstklassiges, Mastvieh schweres und bitte um Offerte, Sattung und Gewicht...

Ausschneiden! Ausschneiden! Postbestellung. An das Postamt...

Ankäufe u. Verkäufe. Kaufe zu befonderen Amareubereiten Harmoniums, Pianinos u. Flügel...

Gelegenheitskauf: Automobil, fabrikneu Fabrikat Benz, 8/24 PS. mit elektr. Licht...

Wir bieten antiquarisch in gutem Zustande zum Verkauf an: Wolke, Magna Svedenborg...

Posner Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., ul. Zwierzyniecka 6. Dachpappen, Steinkohlenteer...

Erziehungsberein. Generalversammlung im H. Saale des Evang. Vereinshauses...

Goldene Brosche, antik zu verkaufen. Näg. in der Geschäftsstelle d. Bl.

Eine fast neue tieferne Stubentür, 97x25 cm, billig zu verkaufen. In der Geschäftsstelle des Pofener Saalblattes.

Eine große Singer-Nähmaschine zum Verkaufen von Zellen, Sägen u. Säcken...

Generalversammlung im H. Saale des Evang. Vereinshauses Montag, 30. April 1923, nachm. 5 Uhr.

Benjion für jg. Mädchen od. Frauen in reif. am liebsten für solche v. Lande. Zu melden unt. N. 6715 a. d. Gesch. d. Bl.

Eckert Erntemaschinen Lanz Zentrifugen sind jahrzehntelang erprobte Fabrikate!

Hackmaschinen Bauart Dehne in technisch vollendeten Ausführungen und

Pflanzloch-Masch. System Sarrazin Fabrikate Kuhl u. Lippitz, Jauer ab Lager Poznan beim Generalvertreter in Polen

Ing. H. Jan Markowski Grosshandlung landw. Maschinen, Poznan Mielżyńskiego 23. Telefon 52-43.

Spielplan des Großen Theaters. Freitag, den 20. 4. abends 7 1/2 Uhr: „La Violetta“...

Teatr Palacowy Poznan, Plac Wolności 6. Vom 16. bis 22. April: Lola Montez genant „Tochter des Satans“...

Kino COLOSSEUM sw. Marcin 65. Vom 16. bis 22. 4.: Das Geheimnis des Seelenschiffes „Santa Marja“...

Alma Moodie, weltberühmte englische Violinistin (Australien) spielt Montag, den 28. April d. J. im Evangelischen Vereinshaus.

Kirchennachrichten. Kreuzkirche. Sonntag 10: Gottesd. Grottk. — 11: Kinderg. Deri. — 12: Abendg. Deri. — 13: Sonntagsschule...

Villa mit 3 Morgen Land und Fahrwerkswege am Bahnhof gelegen, für jedes Unternehmen geeignet gegen Barzahlung sofort zu verkaufen.

Arbeitsmarkt Für das Hauptgut der hiesigen Herrschaft suche ich zu baldmöglichstem Anritte...

finderlieb. Fräulein um sofortigen Antritt gesucht. Ausführlicher Lebenslauf und Angabe der Verhältnisse unter W. 6733 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erheben.

Approb. Apotheker, der deutschen u. polnisch Sprache vollkommen mächtig, mit langjähriger Praxis...

Für meinen Oberinspektor, verheirat. Oberinspektor Herrn Wiesner, der meinen hiesigen Besitz von 4500 Morgen jirta 6 Jahre unter den schwierigen Verhältnissen...

Dachpappe, Steinkohlenteer, Kiehemasse, Pappnägel, Portlandzement, Stückkalk, Hufnägel...

Franz Guttmann, Tezew (Dirschau). Duett, opt. Trio vom 1. Mai cr. gesucht. Bild-Offerten an 16735 Kawiarnia Centralna, Brodnica na Pomorzu.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 20. April.

Kirchliche Festwoche in Posen.

Mittwoch nachmittag 5 Uhr versammelte sich in der Pauli-

zische eine erfreulicherweise recht zahlreiche Gemeinde zum

Eine unter der bewährten Leitung von Pastor Greulich

Ebenso zahlreich wie am Nachmittag war auch die Abend-

Am gestrigen Donnerstag, dem 19., fand nach der Synodal-

Der Vorsitzende, Pastor Büchner, gab der dankbaren Freude

Am Verlaufe des Geschäftsberichts teilte Pastor S u h l m a n n

Darauf entwickelte Missionsdirektor Knaf-Berlin in lebendiger

Nach der noch am Vormittag veranstalteten Sitzung des

Der eigentl. für die Studiengemeinschaft bestimmte Vortrag

Besonders dankbar dürfen die Posener Evangelischen für den

Daß der liebe alte Wandsbeker Vot Matthias Claudius auch

Das Glück des Schweigens.

Es gibt ein in Japan sehr bekanntes Werk eines japanischen

Die Pariser Zeitungen verspotteten seinerzeit die „Eisenbein-

Die japanischen Schüler und Studenten pflegen sich in ihren

gelungenen Bilder, deklamatorischen Vorträge und Lieder. Für

Keine Einkommensteuerzahlung während der

Das Finanzamt bittet uns, bekanntzugeben, daß nach dem

Registrierbefanntmachungen.

Der Verband deutscher Genossenschaften i. P.

Im „Monitor Polski“ finden sich immer wieder Veröffentlichungen

So soll ein Gericht auch für die Veröffentlichung im „Monitor

Bestimmungen über den Tabakbau.

Nach dem Monopolgesetz darf Tabak auch im kleinsten Umfange

X Eisenbahnfahrplan-Änderungen. Die Eisenbahndirektion

kunst in Posen 8.45) ihren Verkehr ein. Reisende, die sich bisher

Seine Goldene Hochzeit feiert übermorgen, Sonntag, der

Disziplinarstrafen im Heere. Wie die „Gazeta Warszawska“

Neuer Chauffeurtarif. Vom April ab ist der Kraftwagen-

Das Abreißen von jungen Erlehen aus den öffentlichen An-

Lebensnotwendigkeit

ist heutzutage mehr denn je das Leben einer gut unterrichteten, großzügig

Wer eine solche Notwendigkeit

außer acht läßt weil ihm vielleicht das Abonnement zu teuer geworden

Auf dem Laufenden bleiben

aber ist unbedingt notwendig, und dies erreichen Sie am sichersten durch

und alles, was an Gefühlen der Freude oder des Schmerzes oder

Der Kultus des Schweigens gehört zu den kennzeichnendsten

Es ist daher nicht zu verwundern, daß in einem vor kurzem

nur uns entfalten, das ist die einzige uns von der Gott-Natur über-

Als der in Japan hochgeachtete Sakamoto Ryuma zum ersten

* Weltbetrachtungen eines Japaners. Von S. J. J. 1923. Verlag Ausland und Heimat, Stuttgart

